

„Und ewig
lockt die Leitkultur“

Ein Wort macht Karriere

Helmut Berschin

Eigentlich hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, etwas Selbstverständliches getan, als er am 10. Oktober 2000, nach zwei Jahren rot-grüner Bundesregierung, eine politische „Halbzeitbilanz“ aus der Sicht der Opposition zog und dabei auch das Problem der Zuwanderung ansprach: Hier sei eine Neuregelung „überfällig“, sagte Merz und kündigte an, die Union werde, „wenn es nicht anders geht“, die Migrationspolitik zum Thema im Bundestagswahlkampf 2002 machen. Diese Ankündigung musste in einem Medienklima, das der Spiegel rückblickend als „Hysterie der Anständigen“ bezeichnete (am 4. Oktober hatte der Bundeskanzler nach einem angeblich von deutschen Rechtsradikalen verübten Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge zu einem „Aufstand der Anständigen“ aufgerufen), einen moralischen Sturm auslösen: Man war „entsetzt“, „kritisierte heftig“, warnte vor einem „Ausländerwahlkampf“ und „mahnte“, das Thema „Zuwanderung“ dürfe nicht „missbraucht“ werden und sei „zu ernst“ für den Wahlkampf. Dass eine solche politische Themenzensur den Wählern – die „mit eindeutiger Mehrheit“ erwarten, dass die Zuwanderer „in Deutschland sich anpassen“ (Repräsentativumfrage Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg (GMS), Juni/Juli 2000) – nicht gefallen konnte, wurde aber rasch klar, und so verschob sich die Entrüstung von der Sache auf die Spra-

che, konkret auf die Formulierung von Merz, die Zuwanderer müssten die „freiheitliche deutsche Leitkultur“ akzeptieren. Die *Leitkultur* – an der sprachlich zunächst niemand Anstoß genommen hatte – geriet ins Sperrfeuer der Medien, und nach wenigen Tagen schien das Wort zerschossen zu sein: „Union rückt vom Schlagwort *Leitkultur* ab“, titelte am Donnerstag, dem 26. Oktober, die Süddeutsche Zeitung und veröffentlichte am Freitag einen „Nachruf auf die deutsche Leitkultur“, der im Stil einer Todesanzeige mit den Sätzen begann: „Die deutsche Leitkultur ist tot. Sie ist im Alter von wenigen Tagen relativ sanft entschlafen – man könnte auch sagen: sang- und klanglos untergegangen.“

Aufstieg

Medial gesehen stimmte diese Todesmeldung, aber in der nichtmedialen Wirklichkeit lebte die *Leitkultur* weiter, mehr noch, sie machte die Union – wie ihre Politiker am Wochenende in den Wahlkreisen erfahren konnten – nach Monaten der Lähmung wieder politisch diskurs- und handlungsfähig. In der folgenden Woche war die *Leitkultur* das beherrschende Thema: „Die Debatte über die Leitkultur erfasst alle Parteien“, berichtete die SZ am 2. November, und als die CDU am 6. November in ihr Zuwanderungskonzept die Formulierung „Leitkultur in Deutschland“ einbaute, war die Wortschlacht entschieden. Auch Leitkulturredikatoren mussten als Ergebnis feststellen: „In Wahrheit

ist die Diskussion um die so genannte Leitkultur der größte politische Erfolg der Union seit der Doppelpass-Kampagne“ (SZ, 20. November 2000).

Ursachen

Wie erklärt sich der Erfolg des Wortes *Leitkultur*? An der Wortform kann es nicht liegen: *Leitkultur* ist ein zusammengesetztes Wort, linguistisch: ein Determinativkompositum, in dem ein Grundwort (*Kultur*) durch ein zweites Wort (*Leit-*) semantisch näher bestimmt wird. Solche Komposita kann man in der deutschen Sprache unbegrenzt bilden, und das Grundwort *Kultur* ist heute Mode: Eine kürzlich erschienene Marburger Dissertation (Markus Morr, „Verplante Kultur“, 1999) gibt eine Liste mit eintausendfünfhundert verschiedenen Kultur-Komposita: von *Abenteuerkultur*, *Abnehmkultur*, *Abschreibungskultur* über *Lehmkultur*, *Leitkultur*, *Lesekultur* bis zur *Zwangskultur*. Die meisten dieser Wortbildungen bleiben sprachliche Eintagsfliegen und erscheinen nicht in den Wörterbüchern. Dass *Leitkultur* innerhalb eines Monats von einer Gelegenheitsbildung zu einem Allgemeinwort aufstieg, muss deshalb außersprachliche Gründe haben.

Das „Merzsche Wort von der deutschen Leitkultur“ (FAZ) traf einen politischen Nerv, nämlich den nationalen. Hätte Merz von der *internationalen Leitkultur* der USA gesprochen, wäre das Wort niemandem aufgefallen; man hätte allenfalls kommentiert, endlich sei der „globale Groschen“ auch bei der CDU gefallen. Merz sprach aber von einer nationalen Leitkultur, der deutschen, und servierte damit ein Wort, mit dem SPD und Grüne wenig anfangen können: *deutsch*. Die politische Grunderfahrung der rot-grünen Regierung ist postnational, und aus postnationaler Sicht gehört das Wort *deutsch* – sieht man von seiner rein sprachlichen und geografischen Bedeutung ab – in Gedenkstätten und historische Mu-

seen. In diesem Sinn spricht das Goethe-Institut, das satzungsmäßig die deutsche Kultur im Ausland fördern soll, heute nicht mehr – so sein Generalsekretär – „von einer *deutschen Kultur*“, sondern „immer nur von einer *Kultur aus Deutschland*“ (SZ, 21. November 2000). Ähnliches scheint für die deutsche Außenpolitik zu gelten: „Ginge es nach Außenminister Fischer, tauchte die Bezeichnung *deutsch* am besten gar nicht auf“ (Spiegel 44/2000). Auch das „*Kernanliegen*“ des Bundespräsidenten liegt im Postnationalen, nämlich – wie er in einem Interview erklärte – „in dem Zusammenführen von Menschen in Deutschland“ (Zeit 48/2000).

Nun mag diese postnationale Sicht richtig oder falsch sein, deutsche Wahlen gewinnt man damit noch nicht: Die meisten Wähler betrachten sich nicht als *Menschen in Deutschland*, sondern als *Deutsche*, und Deutschland ist für sie kein multikultureller Bevölkerungsstandort, sondern Heimat, *deutsche Heimat*. Das wissen auch SPD und Grüne – die Niederlagen bei der Wiedervereinigungswahl 1990 und der hessischen Doppelpass-Wahl 1998 haben traumatisch gewirkt –, und deshalb überrascht es nicht, dass sie mittler in der Leitkulturdebatte „ganz nebenbei“ (SZ) und präventiv einen Begriff fallen ließen, der ein Jahrzehnt lang als Zukunftsmödell hochgehalten wurde: die *multikulturelle Gesellschaft* – die jetzt als zu „eng“ gilt.

Bedeutung

Was bedeutet nun *Leitkultur*? In der öffentlichen Diskussion bildeten sich zwei Interpretationslinien heraus, eine sprachliche und eine politische. Sprachlich wurde das Wort als „unscharf“ und „missverständlich“ kritisiert; politisch galt es den Gegnern als „Kampfbegriff“, ein „Totschlagwort“, das „gefährlich“ und „unterschwellig fremdenfeindlich“ sei, während die Befürworter es als Kurz-

formel für die Werteordnung des Grundgesetzes ansahen. Neben diesen rationalen gab es auch emotionale Wertungen: „unsinnig“, „unglücklich“, „überflüssig“, „verquast“, „langweilig“, die zeigen, dass *Leitkultur* viel Frust und Unmut auslöste.

Das sprachliche Argument, *Leitkultur* sei nicht präzis, ist richtig, trifft aber nicht das Wort, sondern unsere Sprache: Wörter haben immer einen Bedeutungsspielraum, und gerade politische Schlüsselbegriffe – man denke an *Freiheit*, *Gleichheit*, *Gerechtigkeit* – sind nie eindeutig. Die Wortbildung *Leitkultur* ist nicht mehr und nicht weniger klar als ähnliche Komposita, die jeder deutsche Muttersprachler ohne weiteres versteht: *Leitbild*, *Leitfigur*, *Leitgedanke*, *Leitmotiv* (ein Wort, das andere Sprachen übernommen haben), *Leitsatz*, *Leitspruch*. Auch die Presse scheint keine Verständnisschwierigkeiten mit der *Leitkultur* zu haben, sonst würde sie das Wort nun nicht laufend in immer neuen Kontexten verwenden: Die FAZ spricht von einer *linken Leitkultur*, der Spiegel von einer *rot-grünen Leitkultur*, die

SZ von *bayerischer und altösterreichischer Leitkultur*, und die Zeit kennt *Leitkultur-protagonisten*, *Leitkulturverächter* und *leitkulturfreie Zonen*. Selbst im Sport gibt es inzwischen die Leitkultur. So ist der Fußballtrainer des 1. FC Köln „bei der neuen kölschen Leitkultur angekommen, deren Schlüsselbegriff Aggressivität ist“ (SZ, 18. November 2000).

Die politische Bedeutung von *Leitkultur* als „Kampfbegriff“ – die weniger auf Merz als auf die Medien zurückgeht – dürfte eigentlich nicht stören: Politik in der Mediendemokratie ist immer ein Kampf um kommunikative Herrschaft, um Wörter und deren Deutung. Die Union hat (mehr zufällig als geplant) mit der deutschen Leitkultur gegen die Regierung gepunktet, aber nicht gewonnen. Die nächsten Bundestagswahlen sind erst 2002, und wer weiß, ob bis dahin SPD und Grüne nicht den Lockungen der Leitkultur erliegen (in der PDS ist man bereits stolz, *Deutscher* zu sein) und das für Wähler wenig attraktive *Einwanderungsland Deutschland* ersetzen durch ein *deutsches Einwanderungsland*?

Das Brandenburger Tor im Februar 1990 von der Ostberliner Seite aus gesehen.

Foto: Lehnartz

